

AUSSERPARLAMENTARISCHE  
OPPOSITION



LANDESHAUPTSTADT DÜSSELDORF

## Einzelhandel unter Druck: die Zivilgesellschaft ist schuld?!

Pressemitteilung der außerparlamentarischen Opposition in Düsseldorf, November 2022

Wir als Organisatoren der wöchentlichen Kundgebung oppositioneller Bürgerinitiativen in der Landeshauptstadt sind einigermaßen erstaunt über die lokale Berichterstattung zum wachsenden Protestgeschehen in der Stadt. Laut einem Artikel der WZ vom 16. November 2022 leidet der Düsseldorfer Einzelhandel „unter den vielen Demonstrationen“ welche „den Verkehr in der Innenstadt lahmlegen“. Die WZ beruft sich auf einen „Brandbrief“ des Handelsverbandes (HDE) NRW an Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) sowie Polizeipräsident Norbert Wessler. Der HDE NRW fordert in seinem Brandbrief tatsächlich eine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, nämlich dass „die politisch Verantwortlichen etwa durch die Festlegung der Demonstrationswege eingreifen“.

Der Handelsverband positioniert sich damit gegen die Meinungsfreiheit, und insbesondere gegen die außerparlamentarische Opposition. Wir sind die kritische Zivilgesellschaft, die die im Zuge der Pandemiepolitik durchgesetzten Geschäftsschließungen, Berufsverbote und Konsumbeschränkungen („2G“) immer wieder laut und deutlich kritisiert hat. Wir sind sehr erstaunt über die Gegnerschaft des Handelsverbandes zu unserem Protest auf der Straße, denn erst am 27. September verlangte derselbe Handelsverband NRW ein Ende der Preisexplosionen, die Einzelhändler direkt über die steigenden Energiekosten belasten und außerdem zu einer historisch niedrigen Konsumnachfrage beitragen. Ein Handelsverband, der Protestbriefe schreibt, aber den Protest auf der Straße einschränken will, disqualifiziert die Verbände als kollektive Interessenvertreter in der Demokratie und verhöhnt seine beitragszahlenden Mitglieder. Die deutsche Verbändedemokratie geht zugrunde am Opportunismus, an der Mutlosigkeit und an der Verantwortungslosigkeit ihrer Verbandsfunktionäre. Wir bedauern diese Entwicklung sehr. Aufhalten können wir sie nicht.

Wir als oppositionelle Protestbewegung finden es besorgniserregend, das Düsseldorfs Oberbürgermeister Keller laut WZ von der Polizei verlangt, Versammlungen aus der Innenstadt zu verbannen. Die Polizei verweist richtigerweise darauf, dass „das Versammlungsrecht durch das Grundgesetz geschützt sei“. Die anhaltenden Versuche von Parteipolitikern, Exekutivorgane des deutschen Staates wie Polizei und Verwaltung für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren, untergraben das Vertrauen in unsere Demokratie und gefährden unseren Rechtsstaat. Wir als oppositionelle Bürgerinitiativen demonstrieren weiter für effektive Gewaltenteilung, für Energiesicherheit, eine stabile Währung und für den Frieden in Europa. Das ist unser gutes Recht.

Mona Aranea, Pressesprecherin der außerparlamentarischen Opposition in Düsseldorf